Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8963**

14. Wahlperiode 30. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/7597 –

Sofort- und Wiederaufbauhilfe für Kuba nach dem Wirbelsturm Michelle

A. Problem

Die Fraktion der PDS fordert mit dem Antrag die Bundesregierung auf, Kuba bei der Behebung der Schäden und Zerstörungen durch den verheerenden Wirbelsturm Michelle zu helfen. Die Bundesregierung solle im Rahmen der Soforthilfe insgesamt 20 Mio. DM zur Verfügung stellen. Bei der Aufteilung der Haushaltsmittel des Einzelplans 23 solle die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba für das Jahr 2002 ausgeweitet werden. Im Rahmen der EU solle darauf hingewirkt werden, dass über das ECHO-Programm Mittel für die Sofort- und Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7597 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Adelheid Tröscher
Berichterstatterin

Erika Reinhardt
Berichterstatterin

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Erika Reinhardt, Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/7597 „Sofort- und Wiederaufbauhilfe für Kuba nach dem Wirbelsturm Michelle“ in seiner 205. Sitzung am 29. November 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 und der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 23. Januar 2002 beraten. Beide Ausschüsse haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 77. Sitzung am 13. März 2002 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der PDS** führte aus, der Wirbelsturm Michelle habe im Oktober 2001 Kuba zu weiten Teilen verwüstet. Analog zu den Hilfsmaßnahmen, die es in Zusammenhang mit Wirbelstürmen in Nicaragua, Teilen von Honduras und Guatemala gegeben habe, halte sie es für angemessen, auch Kuba von deutscher Seite Unterstützung zu gewähren, sowohl was die Nothilfe als auch was für mit Nothilfe verbundene Aufbaumaßnahmen anbetreffe. Aufgrund des besonderen Charakters von Nothilfemaßnahmen sollte die politische Situation Kubas kein Ablehnungsgrund sein. Nothilfe orientiere sich im Wesentlichen an humanitären Erwägungen.

Die **Fraktion der PDS** beantragte Zustimmung zu dem Antrag.

Die **Fraktion der SPD** hielt die Folgen des Wirbelsturms „Michelle“ für erheblich. Kuba habe aber die Folgen zum großen Teil schon selbst beseitigt. Die kubanische Regierung habe die Bundesregierung in dieser Angelegenheit auch nicht um Hilfe gebeten. Ebenso habe sie auch die internationale Gemeinschaft nicht um Hilfe angesprochen. Dennoch habe das Auswärtige Amt sofort 230 000 Euro für humanitäre Hilfe bereitgestellt. Das BMZ habe rund 1,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Kuba sei in der Entwicklungszusammenarbeit ein Partnerland. Deutscherseits gebe es einen Schwerpunkt im Umwelt- und Ressourcenschutz, bei den erneuerbaren Energien und beim Klimaschutz. In diesen Bereichen wolle man sich engagieren. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies ebenfalls darauf, dass humanitäre Hilfe geleistet worden sei. Der vorliegende Antrag gehe auch mehr in Richtung einer Aufstockung der Gesamtmittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba und weniger in Richtung einer kurzfristigen Hilfe. Im Übrigen seien die Mittel für Kuba bereits erhöht worden. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag der Fraktion der PDS ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nahm auf die Ausführungen der Fraktion der SPD Bezug.

Die **Fraktion der FDP** bezog sich auf die Ausführungen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sollte perspektivisch einmal darüber nachgedacht werden, wie man Kuba bei der Umgestaltung der Landwirtschaft helfen könne. Nach einer teilweisen Privatisierung der Landwirtschaft habe es in Kuba zunächst eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gegeben. Aufgrund neuer Sanktionen seien die Zahlen aber wieder rückläufig. Wenn man sich dafür engagieren würde, die Privatisierung im Bereich der Landwirtschaft fortzusetzen, so wäre dies sinnvoll. Die Fraktion der FDP werde den Antrag ablehnen.

Die Bundesregierung erklärte, obwohl die kubanische Regierung Hilfe, die u. a. von deutscher Seite angeboten gewesen sei, abgelehnt habe, habe die Bundesregierung doch in erheblichem Umfang Leistungen erbracht. Das Auswärtige Amt habe sofort 230 000 Euro für humanitäre Hilfe bereitgestellt, die über das Deutsche Rote Kreuz umgesetzt worden sei. Das BMZ habe 1,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die der Nahrungsmittelnothilfe gedient hätten. Die Abwicklung sei weitgehend über die Welthungerhilfe erfolgt. Man habe weiter 26 000 Kleinbetriebe der urbanen Landwirtschaft repariert, damit die Grundnahrungsmittel wieder in ausreichender Weise zur Verfügung ständen. Insgesamt sei also in erheblichem Umfang Hilfe geleistet worden. Dies sei auch von kubanischer Seite anerkannt worden.

Berlin, den 13. März 2002

Adelheid Tröscher Berichterstatterin	**Erika Reinhardt** Berichterstatterin	**Dr. Angelika Köster-Loßack** Berichterstatterin
Joachim Günther (Plauen) Berichterstatter	**Carsten Hübner** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333